

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
1.	<b>Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 5, Henning-von-Tresckow-Straße 2-8, 14467 Potsdam</b>	Es ging bis zum 09.10.2023 keine Stellungnahme ein.
2.	<b>Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 2, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke</b>	
	<b>Stellungnahme 28.07.2023</b>  die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben.	Kenntnisnahme
	Der Fachbereich Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die Belange zum Naturschutz obliegen der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Prignitz.	Kenntnisnahme
	<b>Immissionsschutz</b> 4. Weitergehende Hinweise Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage <u>1. Sachstand</u> Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan (BP) „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“ der Stadt Meyenburg. Der BP wird im Regelverfahren mit Umweltprüfung aufgestellt. Ziel der vorgelegten Planung ist die Schaffung von Planungsrecht für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (PV-FFA) mit Nebenanlagen und einer Gesamtgröße von ca. 12,9 ha. Dafür soll ein sonstiges Sondergebiet (mit der Zweckbestimmung „SO-Photovoltaik“ (SO PV) gem. § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO) festgesetzt werden.	Kenntnisnahme
	Im Flächennutzungsplan (FNP) ist das Plangebiet teilweise als Fläche für die Landwirtschaft und Gewerbegebiet ausgewiesen. Im Parallelverfahren soll der FNP der Stadt Meyenburg geändert werden.	Kenntnisnahme, der Hinweis ist korrekt.
	Der Geltungsbereich ist nördlich von Flächen für die Landwirtschaft und Kleingärten, östlich und südlich von Flächen für die Landwirtschaft, südwestlich von der Ortsverbindungsstraße von Bergsoll nach Meyenburg, westlich von Gewerbeflächen und der Ei-	Kenntnisnahme, die Aufzählung ist korrekt.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
senbahnstrecke „Pritzwalk – Meyenburg“, nordwestlich von der Firma „Clausen Lager- und Handelscontor GmbH“ umgeben. Die nächstgelegene Wohnbebauung (Birkenweg Nr. 7) befindet sich westlich, in ca. 150m Entfernung. Die Erschließung erfolgt über den Birkenweg, der an die Landesstraße (L 14) anschließt.	
Der vorliegende BP wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 BImSchG i.V.m. § 1 Abs. 5 und Abs.6 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktlagen ausgeschlossen werden.	Kenntnisnahme
<u>2. Stellungnahme</u> Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen verhindert werden. Durch die PV-Anlage entstehen Licht-Immissionen, die zu schädlichen Blendwirkungen führen können. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes ist darauf zu achten, dass die von der PV-Anlage ausgehenden Licht-Emissionen nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen auf die Nachbarschaft führen. Bei der Errichtung der PV-Anlage sind die Anforderungen des § 23 BImSchG einzuhalten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, zum Entwurf der vorliegenden Planung wird ein Umweltbericht erarbeitet, diesem liegt zur Bewertung der Licht-Emissionen ein Blendgutachten bei, siehe nachfolgenden Punkt.
<u>Blendwirkungen</u> Zu den Auswirkungen durch Blendungen wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 verwiesen. Bei der Beurteilung sind Immissionsorte kritisch, wenn sie vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und weniger als ca. 100 m von dieser entfernt sind. Die nächstgelegene Wohnbebauung befindet sich auf Grund der Entfernung nicht im Einwirkungsbereich von Blendwirkungen. Im Einwirkungsbereich der Blendwirkungen befinden sich jedoch die Gebäude der direkt angrenzenden Gewerbebetriebe, die Bahnstrecke Pritzwalk-Meyenburg und die Ortsverbindungsstraße von Bergsoll nach Meyenburg. Beeinträchtigungen können nicht ausgeschlossen werden.	Kenntnisnahme, um die möglichen Beeinträchtigungen von Blendwirkungen beurteilen zu können, wurde durch die SolPEG GmbH eine Analyse der potentiellen Blendwirkungen der geplanten PV-Freiflächenanlage erstellt. Hierin wurden alle angrenzenden Bereiche, die einer möglichen Blendwirkung ausgesetzt sein könnten, betrachtet und bewertet. Aufgrund von Nachforderungen der Regio Infra Nord-Ost GmbH & Co. KG (Eigentümerin der Bahnstrecke Pritzwalk-Meyenburg) vom 05.01.2024 wurde zudem eine Ergänzung zum Blendgutachten erstellt. Beide Dokumente sind dem Umweltbericht zum B-Plan-Entwurf zu jedermanns Einsicht beigelegt. Im Ergebnis konnte dargelegt werden, dass alle zu betrachtenden Immissionsorte keine Blendung erfahren.
Hinweis: Blendwirkungen auf Straße und Schiene werden nicht vom Landesamt für Umwelt beurteilt.	Kenntnisnahme
<u>Geräusche</u>	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Geräuschemissionen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden durch technische Anlagen wie z.B. Wechselrichterstationen und Transformatoren hervorgerufen. Je nach Entfernung dieser Anlagen zu den Immissionsorten, kann es zu Beeinträchtigungen durch Lärm kommen. In den Planungsunterlagen ist darzulegen, dass Geräuschemissionen keinen Konflikt zur schutzwürdigen Nutzung hervorrufen können und es sind die Auswirkungen der als zulässig bestimmten Anlagen zu bewerten.</p>	<p>Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt, durch die Dörries Schalltechnische Beratung GmbH wurde eine überschlägige Prüfung der Geräuschemissionen und -immissionen durch die geplante PV-Freiflächenanlage erstellt, die dem Umweltbericht zum B-Plan-Entwurf zu jedermanns Einsicht beigelegt ist.</p>
	<p><u>3. Fazit</u>  Ausgehend von Standortlage und Nutzungsbestand wird die vorgelegte Planung seitens des vorbeugenden Immissionsschutzes als realisierbar eingeschätzt. Die Auswirkungen durch Blendung, Lärm und elektrische und magnetische Felder sind, je nach Standort der Nebenanlagen, nicht zu vernachlässigen. Für die geplanten Anlagen ist eine plausible, verbal argumentative Betrachtung der Auswirkungen auf die Wohnnutzung in der Begründung und im Umweltbericht zu ergänzen.</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise werden aufgegriffen, im Umweltbericht des B-Plan-Entwurfes werden mögliche Immissionen in Bezug auf die Wohnnutzungen bewertet, einschließlich solche durch elektrische und magnetische Felder.</p>
	<p>Im Zusammenhang mit dem westlich angrenzenden Gebäude auf der Gewerbefläche, der Eisenbahntrasse (Pritzwalk-Meyenburg) und der Ortsverbindungsstraße (Bergsoll-Meyenburg) ist eine detailliertere Bewertung der Lichtimmissionen/Blendwirkungen unter Berücksichtigung der Vorgaben der Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 (ABl. S. 691) vorzunehmen.</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise werden beachtet. Die nebenstehend genannten Immissionspunkte werden im Blendgutachten, der Ergänzung zum Blendgutachten und im Umweltbericht betrachtet, dabei werden mögliche Blendwirkungen bewertet.</p>
	<p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<b>3.</b>	<p><b>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Archäologie, Dezernat Archäologische Denkmalpflege, Gebietsdenkmalpflege Prignitz-Ruppin, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen OT Wünsdorf</b></p>	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><b>Stellungnahme 28.07.2023</b></p> <p>da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung aus Sicht des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Dezernat Archäologische Denkmalpflege, keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Da insbesondere auch aufgrund des unmittelbar im Norden angrenzenden Bodendenkmals 111270 (Siedlung Bronzezeit_ in Bearbeitung) mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam:</p> <p>Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig. Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung, die Formulierung der Hinweise zum Denkmalschutz auf der Planzeichnung und in der Begründung wird wie nebenstehend angepasst.</p>
	Bitte beachten: Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.	Kenntnisnahme, die Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege wurde ebenfalls beteiligt, bis zum 09.10.2023 ging keine Stellungnahme ein.
4.	<b>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen OT Wünsdorf</b>	Es ging bis zum 09.10.2023 keine Stellungnahme ein.
5.	<b>Landesamt für Bauen und Verkehr, Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten</b>	
	<p><b>Stellungnahme 09.08.2023</b></p> <p>den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsüberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.</p>	Kenntnisnahme
	Gegen die vorliegende Planung bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV keine Bedenken.	
	Schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.	Kenntnisnahme
	<i>Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr</i> Die Solarmodule sind blendfrei zu gestalten um eine Beeinträchtigung des Schienenverkehrs auf der unmittelbar angrenzenden Eisenbahnstrecke Pritzwalk - Meyenburg zu vermeiden. Die Regio Infra Nordost GmbH sollte -soweit nicht bereits geschehen- im Verfahren beteiligt werden.	Kenntnisnahme und Beachtung, die Regio Infra Nord-Ost GmbH & Co. KG wurde am Verfahren beteiligt, von ihr liegen eine Stellungnahme vom 22.08.2023 sowie Schreiben vom 05.01.2024 und 09.01.2024 vor, deren Auswertung in die Abwägung einfließt.
	<i>Luftfahrt</i> Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen ergeht mit Bezug auf §§ 12 ff i. V. m. § 31 Abs. 2 (LuftVG) von der Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg ggf. eine gesonderte Stellungnahme.	Kenntnisnahme
	Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden von Seiten der Landesverkehrsplanung keine Anforderungen erhoben, auch liegen keine planungs- und umweltrelevanten Informationen vor, die zur Verfügung gestellt werden können.	Kenntnisnahme
	Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.	Kenntnisnahme
	Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Kenntnisnahme
<b>6.</b>	<b>Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR), Inselstraße 26, 03046 Cottbus</b>	
	<b>Stellungnahme 17.08.2023</b> Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.	Kenntnisnahme
	<b>1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:</b> Keine.	Kenntnisnahme
	<b>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:</b> Keine.	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<b>3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:</b> <b>Geologie:</b> Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).	Kenntnisnahme
7.	<b>IHK Potsdam, Breite Straße 2 a-c, 14467 Potsdam</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 ging keine Stellungnahme ein.
8.	<b>Handwerkskammer Potsdam, Charlottenstraße 34-36, 14467 Potsdam</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 ging keine Stellungnahme ein.
9.	<b>Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg, Mittelstraße 5/5a, 12529 Schönefeld</b>	
	<b>Stellungnahme 22.08.2023</b>  nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Meyenburg und zum Bebauungsplan Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg (Vorentwürfe Stand: April 2023) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:	Kenntnisnahme
	1. Das Planungsgebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.	Kenntnisnahme
	2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Vorhaben nicht berührt.	Kenntnisnahme
	3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben aktuell nicht entgegen.	Kenntnisnahme
	4. Es bestehen aus ziviler luftverkehrsrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen die Vorentwürfe der 7. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Meyenburg und des Bebauungsplanes Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg (Stand: April 2023).	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><b>Begründung:</b>  Das Planungsvorhaben befindet sich im Stadtgebiet von Meyenburg im Landkreis Prignitz des Bundeslandes Brandenburg.  Der Abstand zum Sonderlandeplatz (SLP) Freyenstein beträgt ca. 8,7 km. Der SLP Pritzwalk / Sommersberg ist ca. 14,6 km entfernt.</p>	Kenntnisnahme
	Damit befindet sich das Planungsvorhaben außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hub-schrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen.	Kenntnisnahme
	Die in der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes geplante Ausweisung eines „Sonstigen Sondergebietes SO/PV mit der Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage“ ist nicht geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen. Ebenso sind Beeinträchtigungen luftverkehrsrechtlicher Belange durch die Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“, hier „SO-PV“ mit maximaler Höhe der baulichen Anlagen von 5,00 m über Grund, zu befürchten. Die Verwendung blendfreier Oberflächen der Solarmodule wird vorausgesetzt.	Kenntnisnahme.  Kenntnisnahme, es werden Module mit <u>nahezu</u> blendfreien Oberflächen eingesetzt. Die ermittelten Blendwerte gem. Blendgutachten verursachen keine Blendwirkung für schutzbedürftige Zonen im Sinne der Licht-Leitlinie insbesondere für die Bahnstrecke und Anwohner der umliegenden Gebäude.
	Das Plangebiet liegt außerhalb ziviler Flugsicherungseinrichtungen (Vgl. § 18a LuftVG).	Kenntnisnahme
	Insgesamt bestehen keine Bedenken gegen die Vorentwürfe der 7. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Meyenburg und des Bebauungsplanes Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg (Stand: April 2023).	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	<p><b>Hinweise:</b></p> <p>1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.</p>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw), Postfach 2963, 53019 Bonn.	Kenntnisnahme, das BAIUDbw wurde ebenfalls beteiligt, eine Stellungnahme vom 18.08.2023 liegt vor.
	3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landeplätzen finden Sie unter: „ <a href="https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg">https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg</a> “. Um Überlassung einer Kopie des Abwägungsbeschlusses wird gebeten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
<b>10.</b>	<b>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg, Heinrich-</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<b>Mann-Allee 107, 14473 Potsdam</b>	
<b>11.</b>	<b>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Kompetenzzentrum Baumanagement, Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn</b>	
	<b>Stellungnahme 18.08.2023</b>  vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungs- belange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Kenntnisnahme
<b>12.</b>	<b>Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Am Baruther Tor 20 Haus 5, 15806 Zossen</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
<b>13.</b>	<b>Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, "Haus der Natur", Lindenstraße 34, 14467 Potsdam</b>	
	<b>Stellungnahme 22.08.2023</b>  die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren:	Kenntnisnahme
	Die Firma PV Projektgesellschaft Meyenburg GmbH & Co. KG beabsichtigt auf dem ehemaligen Agrarflugplatz in der Gemarkung Meyenburg auf 12,9 ha die Errichtung einer Freiflächensolaranlage zu ermöglichen. Das Plangebiet ist als landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen und befindet sich Außenbereich. Aus Sicht der Naturschutzverbände spielt für das Erreichen der nationalen klima- und energiepolitischen Ziele und zur Umsetzung der Energiewende ein <u>naturverträglicher</u> Ausbau von PV-Anlagen eine wichtige Rolle.	Kenntnisnahme. Die Flächengröße von 12,9 ha bezieht sich auf den gesamten Geltungsbereich, nicht nur das sonstige Sondergebiet.
	Zum Schutz von Natur- und Landschaft sollten v.a. Flächenkapazitäten im Innenreich (Wohn-, Industrie- u. Gewerbebauten) ausgeschöpft werden und bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung außerhalb von Schutzgebieten errichtet werden. Auch innovative Nutzungen wie „Agri-PV-Fläche“ sollten in Betracht gezogen werden.	Kenntnisnahme



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Naturschutzfachliche Belange müssen bei der Standortwahl je nach standortspezifischen Gegebenheiten, hinsichtlich der Größe und Gestaltung der PV-Freiflächenanlagen und bei der Errichtung, dem Bau und dem Betrieb, der Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen sowie bei Wartung und Rückbau der PV-Freiflächenanlagen eine entsprechende Berücksichtigung finden .</p>	<p>Kenntnisnahme, naturschutzfachliche Belange finden bei der Planung eine besondere Berücksichtigung und werden im Umweltbericht untersucht und erörtert. Soweit erforderlich, werden entsprechende Vermeidungs- und Minimierungs- bzw. Kompensationsmaßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft sowie zum besonderen Artenschutz entwickelt.</p>
<p>Grundsätzlich sind vorhandenen Landschaftsstrukturen zu erhalten, aufzuwerten und zu ergänzen. Gebieten mit hochwertigem Landschaftsbild und ökologisch hochwertige Flächen ohne Schutzstatus (Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Nahrungsflächen besonders geschützter Arten) sind für die Bebauung von PV-Freiflächenanlagen auszusparen. Gerade im Hinblick weiterer Überbauungen von offenen Landschaftsbereichen im näheren Umfeld kommt diesen Offenlandbereichen zunehmend mehr Bedeutung zu.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>PV-Freiflächenanlagen stellen aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG i.d.R. einen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Da durch PV- Freiflächenanlagen Landschaften zerschnitten, Barrieren für wandernde Tierarten aufgebaut, Bodenflächen versiegelt und das Landschaftsbild beeinträchtigt werden, können die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Fauna nicht abgeschätzt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme, die möglichen Auswirkungen auf die Fauna werden im Umweltbericht untersucht und bewertet. Soweit erforderlich, werden entsprechende Vermeidungs- und Minimierungs- bzw. Kompensationsmaßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft sowie zum besonderen Artenschutz entwickelt.  Der Zusammenhang zwischen einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und möglichen Auswirkungen auf die Fauna kann nicht nachvollzogen werden.</p>
<p>Der bereits nachgewiesene Rückgang der Artenvielfalt wird durch Lebensraumverluste in Folge von Überbauung und Nutzungsänderungen wesentlich weiter vorangetrieben.</p>	<p>Kenntnisnahme, diese Annahme kann nicht nachvollzogen werden, eine Quellenangabe, die diese Aussagen bestätigen, fehlt.</p>
<p>Der Schutz der Biodiversität ist ein Gemeinwohlziel, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen, den Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung gleichberechtigt zu betrachten.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Aus Natur- und Landschaftsschutzsicht sollten Freiflächenanlagen bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung außerhalb von Schutzgebieten errichtet werden.  Die Planung zielt aber darauf ab intensiv genutzte Ackerflächen zu überbauen. Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche, auch wenn es sich um eine intensiv genutzte Fläche handelt, kann u.E. nicht befürwortet werden.</p>	<p>Kenntnisnahme, bei der hier überplanten Fläche handelt es sich um einen ehemaligen Agrarlandeplatz, der entsiegelt wurde, sowie um Teilflächen, die bereits durch Altlasten vorbelastet sind. Insofern werden hier alle Kriterien erfüllt, um einen sparsamen Umgang mit dem Schutzgut Boden sicher zu stellen.  Darüber hinaus befindet sich das Plangebiet außerhalb von Schutzgebieten.</p>
<p>Bedenken bestehen zur unmittelbaren Nähe zum Naturschutzgebietes „Stepenitz“, welches sich östlich des Geltungsbereiches befindet.</p>	<p>Kenntnisnahme, das NSG „Stepenitz“ beginnt ca. 77 m nordöstlich des Geltungsbereiches. Es grenzt also nicht unmittelbar an den Geltungsbereich. Aufgrund der Wirkfaktorenreichweite des geplanten Vorhabens sind keine negativen bau-, anlagen- oder betriebsbedingte Auswirkungen auf das NSG zu erwarten. Das geplante Vorhaben steht der NSG-Verordnung nicht entgegen.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
Mit der Überbauung bewirtschafteter Ackerflächen erfährt das Gebiet selbst als auch die angrenzenden Offenland- und Schutzgebietsbereiche eine nicht abzuschätzende Veränderung im Artenspektrum.	Kenntnisnahme, im Rahmen der Umweltüberwachung werden Maßnahmen initiiert, welche Rückblicke auf die Entwicklung des Artenspektrums zulassen werden.
Die Flächen mit einem 2,5 m hohen Zaun ausgegrenzt. Der Zugang für Menschen, Großwild, Zugvögel und andere Tiere würde damit dauerhaft eingeschränkt. Die in der Planung befindlichen max. 5 m hohen Module verändern das bisherige Landschaftsbild grundlegend. Welche Beeinträchtigungen sich daraus für das NSG „Stepenitz“ ergeben, ist nicht abschätzbar. Wir verweisen hier auf das Verschlechterungsverbot!	Kenntnisnahme, u. Berichtigung, die Module dürfen max. 3,5 m u. die Kameramasten dürfen 5 Meter hoch sein. Die geplante Zauanlage soll insbesondere vor Vandalismus durch den Menschen schützen. Der Zaun wird einen Durchschlupf für Kleintiere ermöglichen, eine Einschränkung für andere Tiere (Rotwild, wenn vorhanden) ist dabei hinzunehmen, wobei mit einer Gesamtfläche von 12,7 ha keine unüberwindbare Barriere geschaffen wird, zumal die Fläche sich an ein bestehendes Gewerbegebiet anschließt und im Südwesten durch die öffentliche Verkehrsfläche begrenzt wird.
Die Verbände sind der Auffassung, dass es sich hier um einen nach § 15 Abs. 5 BNatSchG unzulässigen Eingriff handelt. Aufgrund dessen sind hier die Belange von Natur und Landschaft (NSG/FFH-Gebiet) vorrangig zu beachten Auch wenn die Planung zu dem Schluss kommt, dass die Beeinträchtigungen ausgleichbar wären, werden hiermit seitens der Verbände Bedenken angemeldet, da die Planfläche, wenn auch nur zeitlich begrenzt, der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wird und Brutreviere sowie Lebensräumen dauerhaft verloren gehen bzw. entwertet werden. Wir möchten in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Schutz der Biodiversität ein Gemeinwohlziel ist, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen einen urbanen Raum zu entwickeln, in dem der Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung eine gleichberechtigte Betrachtung erfährt. Gerade in Zeiten, in denen auf allen Ebenen über die Bedeutung von Klima-, Insekten- und Biodiversitätsschutz auch als Vorsorge für das menschliche Wohlergehen gesprochen wird, wird ein entsprechender zukunftsweisender Umgang auch und vor allem von Verwaltungen und Planungsträgern erwartet.	Kenntnisnahme, für nachgewiesene Brutvogelarten und deren möglicher Verlust von gewohnten Revieren werden Flächen angeboten, die eine Neuansiedlung von Brutvögeln ermöglichen, so dass der vorübergehende Verlust von Brutrevieren ausgeglichen werden kann. Namhafte Studien, die auch auf der Internetseite <a href="http://www.nabu.de">www.nabu.de</a> zu finden sind kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen, was die verbleibenden Beeinträchtigungen auf bestimmte Bodenbrüter betrifft. Zitat: <i>Bereits in einem 15 Jahre zurückliegenden Forschungsvorhaben des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) wurde festgestellt, dass sich die Auswirkungen von PhotovoltaikFreiflächenanlagen auf die Flora und Fauna bei Einhaltung der Mindestanforderungen bei der Standortwahl i. d. R. in Grenzen halten, es allerdings zu Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes kommen kann. Hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Avifauna wurden bei den acht untersuchten Anlagen keine erheblichen Beeinträchtigungen nachgewiesen</i> ( <a href="https://www.bfn.de/themen/erneuerbare-energien/solarenergie/position-solarenergie.html">https://www.bfn.de/themen/erneuerbare-energien/solarenergie/position-solarenergie.html</a> ). Wie sich Solarparks auf die Vögel unserer Kulturlandschaft auswirken, wurde bisher noch unzureichend untersucht (Scheuerpflug, 2020). Aufgrund der fehlenden Kenntnisse sind Aussagen und Prognosen über die konkreten Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, etwa zum Meideverhalten von Arten, erschwert. Erst ein fundiertes Wissen kann zu gezielteren Monitoringauflagen und Ausgleichsmaßnahmen und somit auch schnelleren Genehmigungen führen. Insofern wird die Gemeinde im Rahmen Ihrer Überwachungsfunktion ein Brutvogelmonitoring aufnehmen, um das Verhalten bestimmter Brutvogelarten bestimmen und ggf. zusätzliche Folgemaßnahmen ableiten zu können, insbesondere zum Schutz vorkommender streng geschützter Arten.
Wir bitten um die Einbeziehung in das weitere Verfahren und mit Verweis auf § 3 Abs. 1 UIG die Zustellung des Abwägungsergebnisses, vorzugsweise per E-Mail an in-	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	fo@landesbuero.de	
14.	<b>Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Karl-Liebknecht-Straße 36, 03046 Cottbus</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
15.	<b>Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel, Fehrbelliner Straße 31, 16816 Neuruppin</b>	
	<p><b>Stellungnahme 15.08.2023</b></p> <p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659)</li> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018</li> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321)</li> </ul>	Die nebenstehend aufgeführten Satzungen werden zur Kenntnis genommen.
	Der Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 7 und der 7. FNP-Änderung der Stadt Meyenburg ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel <u>vereinbar</u> .	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die vorliegende Planung mit den Belangen der Regionalplanung vereinbar ist.
	<p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Bebauungsplan Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“ hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 12,97 ha großen Fläche auf dem Gebiet der Stadt Meyenburg, unmittelbar östlich angrenzend an das Gelände des Bahnhofes Meyenburg, als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Photovoltaik-Freiflächenanlage" sowie Grünfläche zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage auf den Flächen des ehemaligen Agrarlandeplatzes geschaffen werden.</p> <p>Parallel soll der Flächennutzungsplan entsprechend geändert werden. Im derzeit wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Meyenburg ist das Plangebiet als Fläche für die Landwirtschaft und teilweise als Gewerbefläche dargestellt.</p> <p>Für den sachlichen und räumlichen Geltungsbereich des in Rede stehenden Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans werden auf Ebene der Regionalplanung keine Festlegungen getroffen.</p>	Kenntnisnahme, die nebenstehenden Ausführungen sind korrekt.
	Insofern stehen der Planung keine Erfordernisse der Regionalplanung entgegen.	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><b>Hinweise!</b></p> <p>Von den <u>regionalplanerischen Zielen</u> gehen eine <u>Anpassungspflicht</u> gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.</p> <p>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p> <p><b>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</b></p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
16.	<p><b>Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Ref. B2 – Ländliche Neuordnung, Fehrbelliner Straße 4e, 16816 Neuruppin</b></p> <p><b>Stellungnahme 19.07.2023</b>  das Planungsgebiet ist weder von punktuellen Bodenordnungsmaßnahmen nach § 64 LwAnpG noch von großflächigen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz betroffen.</p> <p>Es liegen auch keine entsprechenden Anträge vor.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>17.</b>	<b>Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Arbeitsschutz, Regionalbereich West, Fehrbelliner Straße 4 A, 16816 Neuruppin</b>	
	<b>Stellungnahme 23.08.2023</b> im Rahmen der Prüfung der Unterlagen teile ich Ihnen mit, dass in diesem Planungsstadium die Belange der Abteilung Arbeitsschutz des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit noch nicht berührt werden und daher keine Stellungnahme abgegeben wird.	Kenntnisnahme
	Die in der Anlage beigefügte Stellungnahme bitte zu beachten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	<b>Stellungnahme – Dezernat V4 – Strahlenschutz</b> Die Stadt Meyenburg plant für ein Bereich südöstlich der Stadt Meyenburg, östlich der Bahnstrecke einen Solarpark zu errichten. Es erfolgt die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit besonderer Zweckbestimmung „Photovoltaik- Freiflächenanlage“. Im Parallelverfahren erfolgt die Änderung des Flächennutzungsplanes.	Kenntnisnahme
	Aus Sicht des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG), Dezernat V4 - Strahlenschutz ist zu prüfen, ob durch die Aufstellung des Bebauungsplanes die Bestimmungen der 26.BImSchV - Verordnung über elektromagnetische Felder - bei der Errichtung bzw. Änderung niederfrequenter Anlagen eingehalten werden.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	In Begründung zum Bebauungsplan sind noch keine Aussagen zur Lage des Netzanschlusspunktes zur Einspeisung des erzeugten Solarstroms getroffen werden.	Kenntnisnahme
	Des Weiteren sind die Errichtung von Erdkabeln und Trafostationen innerhalb Plangebietes vorgesehen. Die Grundstücke werden mit einer Zaunanlage eingefriedet. Das nächstgelegene Gebäude befindet sich in einem Abstand von ca. 9 m zum Plangebiet.	Kenntnisnahme
	Trafostationen, möglicherweise Umspannstationen sowie das Erdkabel, welches für den Anschluss an das Versorgungsnetz von außen in das Plan-Gebiet hinein verlegt wird, sind Anlagen, die nach der 26.BImSchV zu betrachten sind. Für die geplanten niederfrequenten Anlagen innerhalb der überbaubaren Fläche sind keine weiteren Forderungen bzgl. der 26. BImSchV zu treffen.	Kenntnisnahme
	Gemäß dem § 3 der 26. BImSchV wird bei Niederfrequenzanlagen für Orte, die zum <u>nicht nur</u> vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die Einhaltung der Grenzwerte gefordert (bei Trafostationen und Mittelspannungskabel sind diese ab 1 m Abstand sicher eingehalten).	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Des Weiteren ist im § 4 Abs. 2 der 26. BImSchV ein Minimierungsgebot für die von Niederfrequenzanlagen ausgehenden elektrischen und magnetischen Feldern formuliert. Das Nähere hierzu ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26.BImSchVVwV) vom 26.02.2016 geregelt.	Kenntnisnahme
	<b>Das Minimierungsgebot ist anzuwenden, wenn maßgebliche Immissionsorte sich im definierten Einwirkungsbereich von 10 m für Trafostationen, von 10 m für Erdkabel &lt; 50 kV, von 25 m für Kabel ≥ 50 kV &lt; 110 kV, von 50 m zu einer eventuell notwendigen Umspann- und Schaltanlage mit ≥ 110 kV Nennspannung befinden. Die Minimierungsprüfung hat dann anlassbezogen im nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu erfolgen.</b>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung im nachfolgenden Genehmigungsverfahren
<b>18.</b>	<b>Landkreis Prignitz, Gb II - Sachbereich Bauordnung, Berliner Straße 49, 19348 Perleberg</b>	
	<b>Stellungnahme 11.08.2023</b> Nach Beteiligung der vom Vorhaben betroffenen Sachbereiche nimmt der Landkreis Prignitz zum oben genannten Verfahren wie folgt Stellung:  <b>I. Sb Brand- und Katastrophenschutz</b> Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen wird zu o. g. Vorhaben folgende Stellungnahme abgegeben: Die in Planungskonzept Punkt 2.2 erwähnten Wege, müssen eine Zufahrt für die Feuerwehr dauerhaft sicherstellen und nach Musterrichtlinie für die Flächen der Feuerwehr ausgelegt sein.	Kenntnisnahme, die Hauptzuwegung erfolgt vom befestigten Birkenweg, die internen Erschließungswege innerhalb des Solarparks werden künftig nicht in der Planzeichnung dargestellt und sind Bestandteil der Ausführungsplanung.
	Aufgrund der Gefahren ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 zu erstellen. Eine Einweisung der Einsatzkräfte vor Ort ist durchzuführen.	Kenntnisnahme, der Feuerwehrplan wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens eingereicht und zuvor mit der Fachbehörde abgestimmt.
	<b>II. Kreisstraßenmeisterei</b> Der Vorgang berührt keine Belange der Kreisstraßenmeisterei Prignitz. Es bestehen insoweit keine Hinweise oder Forderungen.	Kenntnisnahme
	<b>III. Sb Denkmalschutz</b> Zu o. g. Bebauungsplan Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“ der Stadt Meyenburg nimmt der Sachbereich Denkmalschutz aus fachlicher Sicht für die Belange der Bau- und Bodendenkmalpflege wie folgt Stellung:	Kenntnisnahme
	<u>Belange der Bodendenkmalpflege</u> Da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorlie-	Kenntnisnahme, die nebenstehenden Hinweise 1-3 werden in der Planzeichnung und

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>gende Planung keine grundsätzlichen Bedenken. Da insbesondere auch aufgrund des unmittelbar im Norden angrenzenden Bodendenkmals 111.270 (Siedlung Bronzezeit) mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u. ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG).</li> <li>2. Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</li> <li>3. Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig.</li> </ol>	in der Begründung aufgenommen und sind zu beachten.
	<p><b>IV. Sb Umwelt</b>  <b>1. als untere Wasserbehörde (UWB)</b>  Gegen den o. g. Bebauungsplan bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Die nachfolgend genannte Forderung und die Hinweise sind bei der weiteren Planung zu beachten.</p>	Kenntnisnahme
	<p><u>Forderung:</u>  1. Im Umweltbericht sind die Auswirkungen der Photovoltaik-Freiflächenanlage auf das Schutzgut Wasser zu ermitteln und zu bewerten. Es sind weiterhin die Maßnahmen zur Vermeidung und zur Verringerung der nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser darzustellen.</p>	Kenntnisnahme, die Hinweise werden beachtet, das Schutzgut Wasser ist eines der Schutzgüter, die Bestandteil der Bewertung im Umweltbericht sind.
	<p><u>Hinweise:</u>  1. Für eventuelle Kreuzungen von Gewässern II. Ordnung durch die Kabeltrasse vom Solarpark bis zum Einspeisepunkt oder durch Überfahrten ist bei der Unteren Wasserbehörde eine wasserrechtliche Genehmigung zu beantragen.</p>	Kenntnisnahme, der nebenstehende Hinweis wird beachtet und im Rahmen der Genehmigungsplanung berücksichtigt.
	<p>2. Eventuell vorhandene Rohrleitungen sind in ihrer Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. bei Beschädigung entsprechend ihrer Vorflutwirkung wieder funktionstüchtig herzustellen.</p>	Kenntnisnahme, der nebenstehende Hinweis ist im Rahmen der Bauausführung zu berücksichtigen.



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB)</b> Gemäß § 1 Abs. 1 NatSchZustV ist die untere Naturschutzbehörde (UNB) für die Durchführung des BNatSchG sowie des BbgNatSchAG und der auf Ihrer Grundlage erlassenen Rechtsvorschriften zuständig, soweit im BbgNatSchAG oder in der NatSch-ZustV nichts anders bestimmt ist. Demzufolge nimmt die UNB alle Belange des Natur- und Artenschutzes wahr.	Kenntnisnahme.
An Hand der eingereichten Unterlagen zur frühzeitigen TÖB-Beteiligung werden seitens der UNB folgende Forderungen erhoben, Hinweise gegeben und der erforderliche Untersuchungsumfang festgelegt.	Kenntnisnahme, der nachfolgenden Hinweis werden berücksichtigt
<b><u>Untersuchungsumfang</u></b> Zur Ermittlung der vom Vorhaben ausgehenden Beeinträchtigungen der Schutzgüter hat sich der Untersuchungsraum (UR) schutzgutbezogen am bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkraum des Vorhabens zu orientieren, d.h. die Planflächen im Geltungsbereich und mindestens 100 m – 300 m bzw. 500 m der direkt angrenzenden Flächen. Die Flächen für die Erschließung der Grundstücke sowie Kompensationsflächen sind ebenfalls zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, bereits vor Beginn der Bauleitplanung wurde eine Abstimmung zum Untersuchungsradius der Flächen sowie zum Untersuchungsumfang mit der UNB getroffen, die Hinweise wurden
Es können bereits vorliegende und aussagekräftige Daten verwendet werden, wenn diese relativ aktuell, d.h. nicht viel älter als fünf Jahre und seitdem keine wesentlichen Veränderungen im betroffenen Gebiet eingetreten sind.	Kenntnisnahme
Eine Vorabstimmung hinsichtlich des Untersuchungsumfangs und der prüfungsrelevanten Arten/-gruppen erfolgte bereits mit Stellungnahme der UNB an das Planungsbüro (K.K-RegioPlan) mit Datum vom 07.01.2022. Da aktuell noch nicht alle Ergebnisse vorliegen, wird der Untersuchungsumfang und die zu betrachtenden Artengruppen im Folgenden erneut aufgeführt.	Kenntnisnahme
<b><u>Biotopschutz</u></b> Im B-Plangebiet ist eine Erfassung der Biotop- und Nutzungstypen durchzuführen. Die Biotoptypenkartierung ist nach dem aktuellen Kartierschlüssel des Landes durchzuführen und mit Text und Karte (Maßstab 1:5.000 oder detaillierter) darzustellen. Die nach § 30 BNatSchG und § 18 BbgNatSchAG geschützten Biotope sind gesondert zu kennzeichnen. Vorkommen besonders geschützter Pflanzenarten sind zu benennen und zusätzlich auf einer aussagefähigen Karte zu verorten.	Kenntnisnahme, der Hinweis wird beachtet und eine entsprechende Biotoptypenaufnahme durchgeführt.
Es sind ggf. geeignete Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zu prüfen und vorzuschlagen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><b>Besonderer Artenschutz</b>  Die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG gelten gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG für nach den Vorschriften des Baugesetzes zulässige Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG (Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 BauGB, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB), für europäische Vogelarten und Arten des Anhang IV der FFH - Richtlinie. Alle anderen nur national geschützten Arten (besonders geschützt) sind im Rahmen der Abwägung / Eingriffsregelung nach den Vorschriften des § 1a BauGB auf der Planungsebene zu behandeln.</p>	Kenntnisnahme
	<p>Ist vorherzusehen, dass artenschutzrechtliche Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG der Realisierung der vorgesehenen Festsetzungen entgegenstehen, ist dieser Konflikt bereits auf der Planungsebene zu lösen, da unausgeräumte artenschutzrechtliche Konflikte die Vollzugsfähigkeit eines Bebauungsplans verhindern und zu dessen Teil-/Nichtigkeit führen. Aus dem Grund ist von der Gemeinde vorausschauend zu prüfen, ob eine Ausnahmelage vorliegt. Entscheidend für die Rechtmäßigkeit des B-Plans ist nicht die Ausnahme selbst, sondern das Vorliegen einer Ausnahmelage.</p>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	<p>Die Betroffenheit von europäischen Vogelarten und Arten der Anhänge IV nach der FFH - Richtlinie sind im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrages zu behandeln und abzuarbeiten. Hierzu sind die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG zu benennen, ihre Betroffenheit (anlagebedingt, baubedingt, betriebsbedingt) ist zu prüfen, evtl. im Zusammenhang mit der Möglichkeit geeignete Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen zu treffen und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen.</p>	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	<p><u>Fauna</u>  Zur Einschätzung der Betroffenheit von europäisch geschützten Arten und des Vorliegens der Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG sind Untersuchungen und Aussagen zu folgenden Arten / Artengruppen erforderlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Brutvögel und Nahrungsgäste</li> <li>- Rast- und Zugvögel</li> <li>- Fledermäuse</li> <li>- Reptilien</li> <li>- Amphibien</li> <li>- Schmetterlinge</li> </ul>	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p><u>Avifauna (Brutvögel und Nahrungsgäste; Rast- und Zugvögel):</u>  Eine Brutvogelerfassung (7 Termine von März bis Juli 2022) auf der Vorhabensfläche (VHF) und im Umfeld von 100 m wurde bereits durchgeführt. Erfassungen von Horsten und Brutplätzen der Greif- und Großvögel ist ergänzend im UR (VHF + 300 m Umfeld) erfolgt. Die Kartierungen der Zug- und Rastvögel ist im UR (VHF + 500 m Umfeld) im Jahr 2022 mit 10 Terminen (Zeiträume von Januar bis Mai und von August bis Dezember) durchgeführt worden. Die Ergebnisse (Text und Karten) liegen bereits vor. Nach Ansicht der UNB sind die avifaunistischen Erfassungen für das Vorhaben als ausreichend anzusehen.</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise wurden gemäß erfolgter Abstimmung im Januar 2022 bereits beachtet. Es wurden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Brutvögel und Nahrungsgäste,</li> <li>- Rast- und Zugvögel,</li> <li>- Fledermäuse,</li> <li>- Reptilien,</li> <li>- Amphibien und</li> <li>- Schmetterlinge</li> </ul> <p>soweit möglich kartiert und ausgewertet.</p>
<p><u>Fledermäuse:</u>  Müssen bei der Realisierung des Vorhabens größere Gehölze / Bäume beseitigt werden (auf der Vorhabenfläche und/oder bei der Errichtung der Zuwegungen), sind Aussagen zu Fledermausquartieren zu treffen. Zu erfassen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- geeignete Habitatbäume (mögliche Baumhöhlen), die auf Spuren (Kot, Frassreste) bzw. vorhandene Tiere (Dokumentation von Art, Anzahl, sonstigen Nachweisen, Quartiernutzungstyp, Strukturelement, Position, Kurzbeschreibung, Zeitpunkt) zu untersuchen sind.</li> <li>- die Sommerquartiere im Zeitraum Ende April bis Mitte Juli und der Winterquartiere von Dezember bis Anfang März; mindestens 2 Begehungen zum Auffinden möglicher Quartiere; bereits bekannte Quartiere sind nur mit einer Begehung zu kontrollieren.</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme, die vorliegende Planung sieht keine Beseitigung von Bäumen vor, daher kann eine Betroffenheit für die Art Fledermäuse ausgeschlossen werden.</p>
<p><u>Reptilien (Zauneidechse):</u>  Auf die Erfassung der Zauneidechse kann nur verzichtet werden, wenn nachvollziehbar dargelegt wird, dass auf der Vorhabenfläche und der Zuwegung Vorkommen der Art gutachterlich ausgeschlossen werden können, z.B. da keine geeigneten Habitate vorhanden sind. Ansonsten sind zur Ermittlung des Vorkommens und der Betroffenheit der Zauneidechse folgende Kartierungen durchzuführen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erfassung geeigneter Sommer- und Winterlebensräume (Fortpflanzungsstätten und Sonnen-/ Überwinterungsplätze) als Ganzjahreslebensraum;</li> <li>- Absuchen natürlicher und künstlicher Verstecke und Sonnenplätze bei günstigen klimatischen Verhältnissen am Vormittag (sonnig, ab 18 °C);</li> <li>- Erfassung einschließlich einer möglichen Reproduktion mit mindestens 3 Begehungen von Anfang April bis Ende Mai (adulte / subadulte) sowie mit mindestens 3 weiteren Begehungen zur Erfassung der Jungtiere ab Ende August bis Anfang Okto-</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme, die Kartierung ist bereits erfolgt, die Auswertung erfolgt im zu erstellenden Umweltbericht mit integriertem Artenschutzfachbeitrag.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
ber; - Abschätzung der Populationsstruktur durch Miterfassung von Juvenilen und Schlüpflingen.	
<u>Amphibien:</u> Auf der Vorhabenfläche und im Umkreis von bis zu 500 m um die Vorhabenfläche sind Kartierungen hinsichtlich des Vorkommens der lokalen Amphibienpopulationen in der Zeit von Mitte März bis Mitte Juli durchzuführen, d.h. zumindest die Feststellung von Artvorkommen an den im Gebiet vorhandenen Gewässern und in den Feuchtgebieten. Die Amphibienlaichgewässer, Überwinterungsbiotope und Wanderwege sind für jede festgestellte Art in Textform und in einer aussagefähigen Karte darzustellen. Eine Ableitung der entsprechenden Überwinterungsbiotope und Wanderwege auf Grundlage der im UG ermittelten Amphibienarten, dessen artspezifischen Verhaltensweisen und der vorhandenen Biotopausstattung ist möglich.	Kenntnisnahme, die Kartierung ist bereits erfolgt, die Auswertung erfolgt im zu erstellenden Umweltbericht mit integriertem Artenschutzfachbeitrag.
<u>Schmetterlinge (insb. Nachtkerzenschwärmer, Feuerfalter):</u> Sofern Schmetterlinge der FFH-Arten nicht kartiert werden, ist darzustellen und fachgutachterlich zu begründen warum Vorkommen geschützter Schmetterlingsarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie ausgeschlossen werden können. Andernfalls gelten für Schmetterlinge folgende Untersuchungsanforderungen: - Identifizierung von Beständen geeigneter Wirtspflanzen für die Schmetterlingsarten; - Es sind dann 5 Begehungen auf der Vorhabenfläche von Anfang Juli bis Ende August zur Dämmerungs- und Nachtzeit durchzuführen; Suche nach Raupen mit Hilfe einer Lampe und Faltererfassung per Lichtfang.	Kenntnisnahme, Nach einer anschließenden Habitatbeurteilung wurde auf vertiefende Erfassungen verzichtet, da die nach Anhang IV der FFH-Richtlinie geschützten Schmetterlingsarten an besondere Habitatausstattungen und Futter- bzw. Wirtspflanzen gebunden sind, die innerhalb der Vorhabenfläche sowie angrenzend zu dieser nicht bestehen.
<u>Hinweise zur Artenschutz-Vermeidungsmaßnahme (Bauzeitenregelung Brutvögel):</u> Grundsätzlich ist die vorgesehene Artenschutzmaßnahme in ihrer absehbaren Wirkung effektiv, nur wäre die Durchführung von regelmäßigen Bodenbearbeitungen (wöchentlich, alle 7 Tage) zur Herstellung von Schwarzbrachen durch z.B. grubbern und eggen kritisch zu sehen. Solche Arbeiten wären dann als zusätzlicher Eingriff zu werten. Sie entsprechen nicht der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Praxis zur Bodenbearbeitung, sind vermeidbar und müssen unterbleiben. Eine ausreichende Vergrämung ist ebenso durch z.B. Schleppen oder ähnliche regelmäßige Störungen möglich. Auch die Aufstellung von Pfosten mit Flatterband (rot/weiß) auf der Baufläche wäre zur Durchführung einer Vogelvergrämung geeignet.	Kenntnisnahme, die Hinweise werden beachtet, die Artenschutz-Vermeidungsmaßnahme (Bauzeitenregelung Brutvögel) wird entsprechend dem Hinweis angepasst.
<u>Gehölzschutz</u> Der Gehölzbestand auf den Plangebietsflächen unterliegt dem Geltungsbereich der	Kenntnisnahme, der Hinweis ist korrekt.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Baumschutzverordnung des Landkreises Prignitz (BaumSchV-PR). Lt. Unterlagen ist ein Eingriff in den Gehölzbestand nicht geplant.	
	<b><u>Eingriffs-/Ausgleichsregelung</u></b> Die Anwendung der Eingriffsregelung richtet sich nach den Regelungen des BauGB. Um diese im Land Brandenburg einheitlicher und nachvollziehbarer zu gestalten, wurden die HVE entwickelt. Sie stellen eine Empfehlung dar, an welche sich die zuständigen Behörden, die Planungsträger und die Planungsbüros halten sollen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	<b><u>Kompensationsmaßnahmen</u></b> Es wurden bereits Kompensationsmaßnahmen vorgeschlagen, welche geeignet sind, den Eingriff in den Naturhaushalt auszugleichen. Sie können multifunktional bei der Bilanzierung in Ansatz gebracht werden.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	Zur Sicherung der heimischen Artenvielfalt ist der Erlass zur Sicherung gebietsheimischer Herkunft bei der Pflanzung von Gehölzen in der freien Landschaft zu beachten.	Dem Hinweis wird teilweise gefolgt. Für die Maßnahme M2 (Heckenpflanzung) wird die Verwendung zahlreicher gebietseigener Arten gem. Anlage 1 zum nebenstehenden Erlass empfohlen. Zusätzlich wünscht die Stadt Meyenburg die Pflanzung auch dauergrüner Gehölze, um einen ganzjährigen Schutz vor Einsehbarkeit der technischen Anlage zu gewährleisten. Daher soll als Maßnahme M2 eine gemischte Hecke aus dauergrünen Gehölzen sowie sonstigen landschaftstypischen Gehölzen mit Überhältern entwickelt werden. <u>Die Maßnahmenfläche M2 dient infolge ihrer Artzusammensetzung nicht als Kompensationsfläche.</u>
	<b><u>Umweltüberwachung</u></b> Die Gemeinde ist nach § 4c BauGB verpflichtet, die erheblichen Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung der Bauleitpläne entstehen, zu überwachen, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Die geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen sind nach Nr. 3 b) Anlage 1 BauGB im Umweltbericht zu beschreiben. Es wurden Umweltüberwachungsmaßnahmen auch bezüglich der Umsetzung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beschrieben.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, im Rahmen der Umsetzung aller Maßnahmen werden die Maßnahmen zur Umweltüberwachung ausführlich dargelegt.
	<b><u>Weitere Hinweise</u></b> Im Eingriff- und Kompensationsflächenkataster des Landes Brandenburg ist im Geltungsbereich des BP und somit auch im Geltungsbereich der 7. Änderung des FNP eine Kompensationsfläche verortet. Dabei handelt es sich um die Entsiegelung des ehemaligen Agrarflugplatzes. Die Entsiegelungsmaßnahme (M2) wurde mit der 1. Änderung des BP Nr. 1 der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf „Windpark Halen-	Kenntnisnahme, im Rahmen der Umsetzung der 1. Änderung des BP Nr. 1 „Windpark Halenbeck/Warnsdorf-Ost“ der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf wurde der Agrarflugplatz als Kompensationsmaßnahme teilweise entsiegelt und nach Auffüllen mit Mutterboden der landwirtschaftlichen Nutzung wieder zugeführt. Für die Maßnahmenfläche wurde eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die Gemeinde Halenbeck-

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>beck/Warnsdorf-Ost“ festgesetzt.  Die Überbauung der Kompensationsfläche aus der Entsiegelungsmaßnahme M2 mit Solarmodulen sollte hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Festsetzungen des BP Nr. 1 der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf überprüft werden. Es könnte sein, dass sich die Festsetzungen beider Pläne widersprechen.</p>	<p>Rohlsdorf im Grundbuch eingetragen. Mit Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung wird die Maßnahmenfläche nunmehr als Sonderbaufläche umgenutzt. Als Ersatzkompensationsmaßnahme wird in Abstimmung mit dem Amt Meyenburg eine Fläche in der Gemarkung Meyenburg, Flur 18, Flurstück 169/1 (tlw.) vorgehalten. Die beschränkte persönliche Dienstbarkeit zu Gunsten der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf wird für die bisherige Kompensationsfläche gestrichen und für die neue Kompensationsfläche, die nun von Bebauung freizuhalten ist, im Grundbuch eingetragen. Dadurch ist sichergestellt, dass kein Widerspruch zu den Festsetzungen des BP Nr. 1 „Windpark Halenbeck/Warnsdorf-Ost“ der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf entsteht.  Die neue Kompensationsfläche wird künftig vom Geltungsbereich des BP Nr. 7 „PV-FFA ehem. Agrarlandeplatz Meyenburg“ ausgespart, da sie für die Umsetzung von dessen Planungsziel nicht mehr erforderlich ist und die Ersatzkompensationsmaßnahme nicht Gegenstand des vorliegenden BP Nr. 7 der Stadt Meyenburg, sondern des BP Nr. 1 der Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf ist.</p>
	<p>Das Verlegen oberirdischer und unterirdischer Ver- und Entsorgungsleitungen außerhalb des Plangebietes im Außenbereich bedarf der Genehmigung nach § 17 Abs. 3 BNatSchG. Diese ist bei der UNB zu beantragen.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
	<p><u>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</u></p> <p><b>BNatSchG</b>      Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I, S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I, S. 2240)</p> <p><b>BbgNatSchAG</b>    Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/13 Nr. 3) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I/20, Nr. 28)</p> <p><b>NatSchZustV</b>    Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2021 (GVBl. II/21, Nr. 71)</p> <p><b>BaumSchV-PR</b>    Baumschutzverordnung Prignitz (BaumSchV-PR) vom 11. Dezember 2008, geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung vom 25.06.2009</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung der aufgeführten Rechtsgrundlagen</p>
	<p><b>3. als Untere Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB)</b></p>	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Die Untere Abfallwirtschafts- und die Untere Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB) nimmt zum Vorhaben wie folgt Stellung:	Kenntnisnahme
	<u>Altlastenfachliche Stellungnahme:</u> Für die unmittelbar an das B-Plan-Gebiet angrenzende Altlastverdachtsfläche „ehem. ACZ Meyenburg“, Registriernummer 0340700312, ist eine abschließende Gefährdungsabschätzung für die Schutzgüter Boden und Grundwasser durchzuführen. Durch einen Sachverständigen im Sinne § 18 BBodSchG ist ein geeignetes Untersuchungskonzept mit der Zielstellung einer abschließenden Gefährdungsabschätzung für die genannten Schutzgüter zu erarbeiten und mit der unteren Bodenschutzbehörde abzustimmen. Der Nachweis der Sachkunde ist der UBB vorzulegen. Das abgestimmte Untersuchungskonzept ist zeitnah umzusetzen. Es sind dabei die Bestimmungen der novellierten BBodSchV bindend.	Kenntnisnahme, die Hinweise werden beachtet, Zur Gefährdungsabschätzung für die Bewertung der Schutzgüter Boden und Grundwasser wurde eine Grundwasseruntersuchung der betreffenden Flächen im Dezember 2023 durchgeführt. Der Ergebnisbericht wird als Anlage zum Umweltbericht bei gefügt. Eine Auswertung der betreffenden Schutzgüter wird im Umweltbericht zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgenommen.
	Für den ehem. Agrarlandeplatz ist über eine historische Erkundung der Altlastenverdacht entweder zu bestätigen oder auszuräumen.	Kenntnisnahme, dem Hinweis wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens gefolgt.
	Zu den Gründen: Für die Altlastverdachtsfläche „ehem. ACZ Meyenburg“, Registriernummer 0340700312, liegen begründete Anhaltspunkte für das Vorliegen einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast vor, da die orientierende Untersuchung aus 1993 Prüfwertüberschreitungen im Grundwasser für die umweltgefährden Stoffe nachgewiesen hat. In Anbetracht der nach Südosten ausgerichteten Grundwasserfließrichtung ist davon auszugehen, dass sich die Grundwasserbelastung in diese Richtung verlagert hat. Es ist derzeit nicht absehbar, ob nicht ggf. Sanierungsarbeiten im Bereich des B-Plangebiets erforderlich werden, die der geplanten Nutzung entgegenstehen (§ 9 Abs. 2 BBodSchG).	Kenntnisnahme, Zur Beurteilung und Gefährdungsabschätzung der Schutzgüter Boden und Grundwasser liegt dem Umweltbericht zum Entwurf des Bebauungsplanes ein Ergebnisbericht der Grundwasseruntersuchung aus 12-2023 erstellt durch das Büro: „Geologisches Büro Dipl. - Geologe R.Hempel“ bei. In der Auswertung zur Beurteilung des Gefährdungspotentials wird dargelegt, dass mit dem Bau der PV Freiflächenanlage keine Bedenken für den Wirkungspfad Boden-Mensch bestehen, für den Wirkungspfad Boden-Grundwasser wird empfohlen, die Grundwasserbeschaffenheit im Beobachtungsstatus zu halten. Eine detaillierte Auswertung der Untersuchungsergebnisse hierzu findet sich im Gutachten bzw. Umweltbericht.
	<u>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</u> BBodSchG Bundes-Bodenschutzgesetz - Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten vom 17.03.1998 (BGBl. I, S. 502), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I, S. 306) BBodSchV Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 09.07.2021 (BGBl. I, Nr. 43, S. 2716 ff.)	Kenntnisnahme



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>V. Sb Bauordnung</b> <b>1. Bauordnungsrecht</b> Aus Sicht der Bauaufsichtsbehörde sind keine Ergänzungen/Anmerkungen zu diesem B-Plan Nr. 7 erforderlich.	Kenntnisnahme
<b>2. Planungsrecht</b> Weder geht aus der Begründung, noch aus der Planunterlage hervor, um was für einen Bebauungsplan es sich handelt. Es wird empfohlen die Bezeichnung des Bebauungsplanes bzw. die entsprechende Rechtsgrundlage des Bebauungsplanes mit anzugeben.	Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt. In der Begründung wird ergänzt, dass der Bebauungsplan als qualifizierter Bebauungsplan gem. § 30 Abs. 1 BauGB aufgestellt wird.
<b>2.1 Begründung</b> In der Begründung wird auf Seite 4 der Geltungsbereich des Bebauungsplans beschrieben. Es wird ausgeführt, dass dieser „diverse“ Flurstücke umfasst. Hier wird empfohlen, auf Grund einer geringen Anzahl, jedes Flurstück aufzuzählen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Begründung wird redaktionell angepasst.
<u>zu 3.5 Bebauungsplan</u> In diesem Abschnitt wird im letzten Satz ausgeführt, dass der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt wird. Die aufgeführte Rechtsgrundlage bezieht sich jedoch auf das Parallelverfahren. Der Satz ist anzupassen. Es sollte darauf eingegangen werden, dass der Bebauungsplan im Parallelverfahren geändert wird, sodass dieser anschließend aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden kann.	Kenntnisnahme und Beachtung. Der entsprechende Satz ist im Abschn. 3.5 nicht erforderlich und entfällt künftig. Die Benennung der Rechtsgrundlage für das Parallelverfahren ist auch weiterhin in Abschn. 1.2 zu finden und wird präzisiert.
<u>zu 5.1 Art der baulichen Nutzung</u> Es wird festgesetzt, dass nach Ablauf der Betriebsdauer die Flächen in ihren Urzustand zurückversetzt werden sollen. Es geht daraus jedoch nicht hervor, wann dies der Fall ist. Eine Betriebsdauer ist nicht festgesetzt und ist demnach zu ergänzen. Hier wird auf den § 9 Abs. 2 BauGB verwiesen. Gemäß Abs. 2 S. 1 Nr. 1 kann festgesetzt werden, dass unter anderem bestimmte Anlagen nur für einen bestimmten Zeitraum zulässig sind. Im Satz 2 wird geschrieben, dass die Folgenutzung festzusetzen ist. Der Bebauungsplan muss demnach genaue Angaben zur Befristung beinhalten. Sollte die Fläche später wieder der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, empfiehlt sich jedoch den Bebauungsplan mit Zeitpunkt des Ablaufs der Befristung aufzuheben.	Kenntnisnahme und Beachtung. Im Bebauungsplan wird eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung nur bis zum Ablauf der Betriebsdauer der Photovoltaik-Freiflächenanlage von 25 Jahren (mögliche Verlängerung max. 5 Jahre) festgesetzt. Als Folgenutzung wird entsprechend der derzeitigen Nutzung die Nutzung als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt.
In der Erläuterung zur Art der baulichen Nutzung ist die städtebauliche Begründung zu oberflächlich.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Begründung wird redaktionell angepasst.
Zudem ist womöglich im dritten Absatz der § 12 Abs. 3 a) BauGB gemeint.	Kenntnisnahme, da es sich nicht um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, findet §12 Abs. 3a BauGB keine Anwendung. Der entsprechende Satz entfällt

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	künftig.
<u>zu 5.2 Maß der baulichen Nutzung</u> In der Erläuterung ist der zweite Absatz an der falschen Stelle. Dieser ist unter Punkt 5.4 zu verschieben.	Kenntnisnahme, der entsprechende Absatz wird redaktionell angepasst.
<u>zu 5.3 Baugrenzen</u> Die Erläuterung enthält keine städtebauliche Begründung zur Wahl der Baugrenzen. Diese ist zu ergänzen. Zudem wird geschrieben, dass mit der Darstellung der Baugrenzen die Bauweise näher bestimmt wird. Die Baugrenzen werden nicht dargestellt, sondern festgesetzt. Daneben sind Baugrenzen und die Bauweise nicht identisch. Die Erläuterung ist zu ändern.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Begründung wird redaktionell angepasst und die Lage der Baugrenzen näher beschrieben.
<u>zu 5.4 Verkehrsflächen</u> Warum wird eine private Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung festgesetzt? Welches ist die besondere Zweckbestimmung? Dies ist unbedingt zu erläutern.	Kenntnisnahme, die Zweckbestimmung ist nicht erforderlich und entfällt künftig.
<u>zu 5.6 private Grünfläche</u> In der Begründung wird darauf eingegangen, dass in den privaten Grünflächen der Bestand zu erhalten ist. Diese Festsetzung hört sich <i>nicht</i> nach einer privaten Grünfläche im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB an. Die Erläuterung klingt nach einer Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b) BauGB. Die Festsetzung ist zu prüfen und anzupassen.	Kenntnisnahme, den Hinweisen wird gefolgt, die private Grünfläche entfällt künftig, die Festsetzung hat künftig nur § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB als Grundlage, Planzeichnung und die Begründung werden entsprechend angepasst.
<u>zu 5.7 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege [...]</u> Die in der Erläuterung aufgeführte Pflanzliste ist auf die Satzung zu übernehmen.	Kenntnisnahme und Beachtung, die Pflanzlisten aus der Begründung werden auf die Planzeichnung übernommen.
<u>zu 8 Flächenbilanz</u> Die Zahlen der Flächenbilanz sind zu überprüfen. Die angegebenen Prozente liegen über den 100% des Geltungsbereiches. Die Größe des Geltungsbereiches stimmt nicht in Summe mit den aufgeführten Flächen überein.	Kenntnisnahme, hier muss ein Missverständnis vorliegen. Zusätzlich zu den Größen der Einzelflächen die Summe der Größe aller Grünflächen sowie die überbaubare Fläche des sonstigen Sondergebietes angegeben. Diese Zahlen waren bei der Summenbildung nicht mitzurechnen. Unter dieser Maßgabe war die Flächenbilanz korrekt. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird die Tabellendarstellung künftig eindeutiger gestaltet.
<b>2.2 Planzeichnung</b> Die Bezeichnung der Flurstücke muss innerhalb des Geltungsbereiches erfolgen. Die Übersichtskarte ist mit einem Nordpfeil zu versehen.	Kenntnisnahme und entsprechende Anpassung der Planzeichnung.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Das Planzeichen der Verkehrsflächen ist mit einem „P“ gekennzeichnet. Dies führt zu Verwirrungen, weil das „P“ laut Planzeichenverordnung für eine öffentliche Parkfläche steht. Die Planzeichenerklärung und die Planzeichnung selbst sind zu ändern. Alternativ sollte gesondert darauf eingegangen werden, dass das „P“ hier für „privat“ steht.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung, das Zeichen „P“ für „privat“ ist nicht erforderlich und entfällt künftig.</p>
	<p><u>zur Planzeichenerklärung: 5. Grünflächen</u>  Es wird auf die Ausführungen in Bezug auf die Begründung verwiesen. Vorliegend kann es sich nicht um eine private Grünfläche handeln. Dies wird unter anderem daraus ersichtlich, dass es sich bei dem Planzeichen für die Umgrenzung dieser Grünfläche um das Planzeichen für die Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 25 b) BauGB in Verbindung mit 13.2.2. PlanZV handelt. Die Planzeichenerklärung sowie die textlichen Festsetzungen sind entsprechend anzupassen.</p>	<p>Kenntnisnahme, den Hinweisen wird gefolgt, die private Grünfläche entfällt künftig, die Festsetzung hat künftig nur § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB als Grundlage, Planzeichnung und die Begründung werden entsprechend angepasst.</p>
	<p><u>zu 1. Art der baulichen Nutzung</u>  Hinsichtlich des Rückbaus wird auf die Ausführungen zur Art der baulichen Nutzung in der Begründung verwiesen.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Begründung wird redaktionell angepasst.</p>
	<p><b>2.3Hinweise</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bei der Erstellung des Umweltberichts ist auf Vollständigkeit zu achten (es wird auf die Anlage 1 zum Baugesetzbuch verwiesen).</li> <li>- Die Rechtsgrundlagen müssen dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses entsprechen.</li> <li>- Zwingend erforderlich in den Verfahrensvermerken sind folgende Angaben: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ausfertigungsvermerk mit dem Datum des Satzungs-/Feststellungsbeschluss, Datum und Bestätigung der Genehmigung durch die Höhere Verwaltungsbehörde (soweit gesetzlich vorgeschrieben) und Datum der Ausfertigung,</li> <li>2. ein Vermerk über die Tatsache und den Zeitpunkt der ortsüblichen öffentlichen Bekanntmachung (Satzungsbeschluss oder Genehmigung),</li> <li>3. Katastervermerk (Der aufgeführte Katastervermerk ist gemäß Planunterlagen VV (Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planunterlagen vom 16.04.2018) anzubringen. Es ist folgende Bescheinigung auf dem Satzungsplan erforderlich und wie folgt auszugestalten: „Die verwendete Planunterlage enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters mit Stand vom ..... und weist die planungsrelevanten baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der planungsrelevanten Bestandteile geometrisch eindeutig. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist eindeutig möglich.“)</li> </ol> </li> </ul>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, alle nebenstehenden Hinweise werden beachtet und redaktionell angepasst.</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
19.	<b>Kreishandwerkerschaft Prignitz, Bahnhofplatz 8, 19348 Perleberg</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
20.	<b>Landesbetrieb Straßenwesen, Dezernat Planung West, Dienststätte Kyritz, Holzhausener Straße 58, 16866 Kyritz</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
21.	<b>Landesbetrieb Forst Brandenburg, Oberförsterei Bad Wilsnack, Am Ziegelberg 5, 19336 Bad Wilsnack</b>	
	<b>Stellungnahme 31.08.2023</b> Nach Prüfung der mir vorliegenden Unterlagen bestehen aus forstbehördliche Sicht keine Einwände gegen die geplante Änderung des Flächennutzungsplanes. Waldflächen lt. Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG ) vom 20.April 2004 (GVBl 1/04 (Nr.06 ) S. 137, in der jeweils geltenden Fassung sind nicht betroffen	Kenntnisnahme
22.	<b>BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft, Schönhauser Allee 120, 10437 Berlin</b>	Bis einschließlich 09.10.2023 lag keine Stellungnahme vor.
23.	<b>Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Kundenteam Eigentumsmanagement – Bau-recht, Caroline-Michaelis-Str. 5-11, 10115 Berlin</b>	Telefonische Rückmeldung am 20.07.2023, dass keine Betroffenheit vorliegt.
24.	<b>Regio Infra Nord-Ost GmbH &amp; Co.KG, Pritzwalker Straße 8, 16949 Putlitz</b>	
	<b>Stellungnahme 22.08.2023</b> wir bedanken uns zunächst für die Beteiligung an den o.a. Planungsverfahren; wir sind als öffentliches, Nichtbundeseigenes Eisenbahninfrastrukturunternehmen (NE-EIU) sonstiger Träger öffentlicher Belange. Die uns gehörende Strecke 6938 Pritzwalk – Meyenburg grenzt an das von den Planungen berührte Gebiet an und wir sind daher von den Planungen betroffen.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung
	Grundsätzlich können wir den Unterlagen der Vorentwürfe - zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg sowie - zum B-Plan Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“ zustimmen, geben jedoch die folgenden und zu beachtenden Hinweise.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung der nachfolgenden Hinweise
	- Eigentumsverhältnisse (u.a. Abschn. 1.1 in der Begründung zum B-Plan): Die an die Plangebiete westlich angrenzenden Bahnanlagen/-grundstücke stehen in unserem Eigentum; siehe jedoch den folgenden Hinweis zur „Bahnwidmung“. Der erwähnte Betriebshof wird nicht von der RIN, sondern von der Schienenfahrzeugwerke Wittenberge GmbH (SFW) unterhalten.	Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung, die Begründung wird redaktionell angepasst.

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Widmung von Grundstücken als Bahnanlagen („für Bahnbetriebszwecke“)</li> </ul> <p>Der überwiegendste Anteil der im FNP als „Bahnanlagen“ gekennzeichneten Flächen besitzt die Widmung „für Bahnbetriebszwecke“ gemäß AEG bzw. ERegG. Von den an den Änderungsbereich unmittelbar westlich angrenzenden Flurstücken wurden einige bzw. Teilflächen von den Muttergesellschaften der RIN verkauft, da sie für den Bahnbetrieb entbehrlich waren. Inwieweit diese Flächen noch einer Bahnwidmung unterliegen, ist uns nicht bekannt. So hier weitere Änderungen im FNP bzw. im Zusammenhang mit dem B-Plan geplant werden, sollte diese Situation geprüft und kann ggf. verändert werden; entsprechende Anträge auf „Freistellung von Bahnbetriebszwecken“ können auch wir als Eisenbahninfrastrukturunternehmen auf den Weg bringen.</p>	<p>Kenntnisnahme, sofern insbesondere im Rahmen des weiter zu qualifizierenden Verfahrens Änderungen in der Abgrenzung der Flächen erfolgen, die die Bahnanlagen betreffen, wird hierzu eine detaillierte Prüfung vorgenommen und der nebenstehende Träger durch eine erneute Beteiligung informiert.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung Baugenehmigungsverfahren</li> </ul> <p>Im Rahmen des Vorhabens sind bahnbetriebliche und -technische Belange zu beachten, da diese Belange den durch uns zu verantwortenden Bahnbetrieb betreffen und wir diesen auf der Grundlage der einschlägigen Bahngesetze (u.a. Allgemeines Eisenbahngesetz [AEG]) und -verordnungen (u.a. Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung [EBO]) durchführen und absichern müssen. Unsere Forderungen, für die wir für den konkreten Bauherrn eine Eisenbahntechnische Zustimmung auf Antrag erteilen, müssen daher Bestandteil einer Baugenehmigung werden. Eine baugenehmigungsfreie Errichtung der Photovoltaikanlagen ist aus unserer Sicht unzulässig.</p>	<p>Kenntnisnahme, die Hinweise finden Berücksichtigung, zur Umsetzung des geplanten Vorhabens ist im Nachgang ein Baugenehmigungsantrag einzureichen und die betroffenen Träger entsprechend zu beteiligen, die Hinweise sind jedoch in diesem Verfahren nicht planungsrelevant und werden daher zur Kenntnis genommen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- eine lückenlose Einzäunung bzw. Abgrenzung der B-Plan-Fläche ggü. den Bahnanlagen sowie</li> <li>- die Vorlage eines Blendgutachtens, in dem eine Blendfreiheit der zu errichtenden Anlagen für den Bahnbereich (das betrifft vor allem die Triebfahrzeugführer der auf der Strecke verkehrende Züge sowie das Stellwerkspersonal auf dem in der Nähe befindlichen Stellwerk B1 Bf Meyenburg an der Heinrich-Heine-Straße)</li> </ul> <p>verwiesen; weitere Auflagen können bei Bearbeitung des konkreten Bauantrages erteilt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme, im Rahmen der Erarbeitung des Umweltberichtes wird das nunmehr vorliegenden Blendgutachten, erstellt durch die Firma SOLPEG, Stand 10.08.2023, ausgewertet und liegt den Entwurfsunterlagen zu jedermanns Einsicht bei.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erschließung des B-Plan-Gebietes</li> </ul> <p>Bei notwendigen, neuen Erschließungen des Plangebietes mit Medienleitungen, die unsere Bahnanlagen (-grundstücke) nähern (Abstand &lt; 50 m) oder kreuzen, sind die erforderlichen Gestattungsanträge auf der Grundlage der einschlägigen NE-Kreuzungsrichtlinien rechtzeitig bei uns einzureichen.</p>	<p>Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Übereinstimmung Planzeichnungen</li> </ul>	

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<p>Die Umgrenzung des Plangebietes in der 7. Änderung zum FNP weicht von der Umgrenzung für den B-Plan Nr. 7, insbesondere an der nördlichen Grenze, ab. Die im B-Plan eingetragene „Privatstraße“ ist im FNP nicht ausgewiesen. Die rechtliche Relevanz der Unterschiede sollte bewertet und ggf. mit Anpassungen der Planzeichnungen gewürdigt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme, der Hinweis ist korrekt. Die Abgrenzungen der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes sind identisch mit Ausnahme des Zufahrtsweges über Flächen, die im rechtswirksamen FNP als Gewerbegebiet gem. § 8 BauNVO dargestellt sind. Da die Darstellungen des Flächennutzungsplanes nur Hauptverkehrsstraßen umfassen und nicht flurstückscharf sind, soll der Zufahrtsweg aufgrund seiner fehlenden Hauptverkehrsfunktion sowie Kleinteiligkeit nicht in die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes einbezogen werden.</p>
<p>- Nutzung der Zufahrtstraßen  Die benannte Privatstraße im B-Plan wird im Interesse der Investoren für deren private Zwecke genutzt, wohingegen die dorthin zuführende Straße „Birkenweg“ ausschließlich seitens der steuerzahlenden Öffentlichkeit vorgehalten wird. Wir dürfen daran erinnern, dass die asphaltierte Fahrbahndecke durch unsere Rechtsvorgängerin, die Prignitzer Eisenbahn (PEG; Bereich Infrastruktur), seinerzeit ohne jegliche Unterstützung von Amt und Gewerbeanliegern gebaut wurde, um dem katastrophalen Zustand der bis dato bestehenden Kopfsteinpflasterstraße abzuweichen.</p>	<p>Kenntnisnahme. Beim bis an den Geltungsbereich führenden Birkenweg handelt es sich, wie nebenstehend korrekt erläutert, um eine Gemeindestraße.</p>
<p>Seitens der nunmehr anstehenden, erweiterten Nutzung, die zu erhöhtem Verschleiß „unserer“ Straße führen wird, durch im großen Umfang wertschöpfende Investoren erwarten wir daher eine angemessene Kostenbeteiligung im Rahmen der B-Plan-Umsetzung in geeigneter Form oder an geeigneter Stelle.</p>	<p>Kenntnisnahme. Wie bereits erläutert, handelt es sich beim Birkenweg um eine Gemeindestraße. Der Birkenweg wird nicht nur durch die Regio Infra Nord-Ost GmbH genutzt: Neben den beiden Gewerbebetrieben, deren private Zufahrt vom Birkenweg für den geplanten Solarpark mitgenutzt werden soll, nutzen auch die Anwohner der Wohnhäuser Birkenweg 2, 7, 11, 12 und 13 sowie der Lagerhalle Birkenweg 4 den Birkenweg als Zuwegung.  Nach Abschluss der Bauarbeiten und Inbetriebnahme des Solarparks ist zudem mit keinem erhöhten Verkehrsaufkommen mehr zu rechnen. Lediglich für Wartungszwecke und die Instandhaltung der Anlage werden externe Bestandsverkehrsflächen genutzt. Dem Einwand wird daher nicht gefolgt.</p>
<p>Um Beachtung bei der weiteren Erstellung des FNP- und B-Planes wird gebeten.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung</p>
<p><b>2. Stellungnahme 05.01.2024</b></p> <p>wir bedanken uns zunächst für die Zusendung weiterer Unterlagen zum o.a. Planungsverfahren;  vorgelegt wurde</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Blendgutachten PV Anlage Meyenburg PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg der So1PEG GmbH 20537 Hamburg vom 10.08.2023.</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme</p>

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p>Leider dürfen wir darauf verweisen, dass dieses Gutachten bereits vor unserer 1. Stellungnahme (unser Schreiben GF2-P20 / 88-2023 vom 22.08.2023) erstellt wurde und wir nach Prüfung der Unterlage feststellen mussten, dass die zu berücksichtigenden Bahnbelange nicht vollumfänglich geprüft und bewertet wurden; das Gutachten bedarf somit einer Überarbeitung bzw. Ergänzung.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung, diesbezüglich wurde durch die Firma SOLPEG eine Ergänzung mit Stand 08.01.2024 zum Blendgutachten erstellt, die dem Umweltbericht als Anlage beigefügt wird und den Entwurfsunterlagen zu jedermanns Einsicht beiliegt.</p>
	<p>Im Gutachten werden insbesondere Aussagen zu den, in der Abbildung im <b>Anhang</b> markierten „Standorte für die Analyse“ P1 – P4 getroffen. In unserer Stellungnahme hatten wir um Prüfung der gesamten <u>Bahnbereiche</u> gebeten, insbesondere des Stellwerkstandortes an der Heinrich- Heine-Straße.</p>	<p>Kenntnisnahme, hierzu wird auf die Ergänzung vom 08.01.2024 zum Blendgutachten verwiesen.</p>
	<p>Wir bitten daher um die Beachtung nachfolgender Hinweise zur Überarbeitung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Messpunkt 1 erfasst aus unserer Sicht nicht den gesamten, gleichfalls im Anhang dargestellten Einfahrbereich in den Bf Meyenburg, in dem insbesondere künftige Signalanlagen stehen werden. Auch ist die Fällung der am südlichen Rand stehenden Bäume (zur Beseitigung einer Verschattung der PVA) nicht ausgeschlossen.</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme, hierzu wird auf die Ergänzung vom 08.01.2024 zum Blendgutachten verwiesen.  Der Hinweis zu den Bäumen kann nicht nachvollzogen werden. Für die Umsetzung der Planung sind keine Baumfällungen geplant.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Messpunkt 2 ist dahingehend zu überprüfen, ob seine Analyse auch den Werkstattbereich des Anschlussbahnbetreibers Schieneninfrastruktur Prignitz mbH (SIP; Schwesterfirma der RIN) erfasst.</li> <li>- Das Stellwerk B1 wird durch keinen Messpunkt erfasst.</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme, hierzu wird auf die Ergänzung vom 08.01.2024 zum Blendgutachten verwiesen.</p>
	Wir bitten um entsprechende weitere Veranlassung.	Kenntnisnahme und Beachtung
	<p><b>3. Stellungnahme 09.01.2024 per Email</b></p> <p>vielen Dank für die ergänzenden Aussagen, die unsererseits dann nunmehr „keine Wünsche mehr offen lassen“!</p>	Kenntnisnahme
	Wir nehmen den Vorgang zu unseren Akten und erwarten die Beteiligung bei der Baugenehmigung.	Kenntnisnahme und Beachtung
<b>25.</b>	<b>Deutsche Telekom Technik GmbH, Postfach 229, 14526 Stahnsdorf</b>	
	<b>Stellungnahme 16.08.2023</b>	
	die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik	Kenntnisnahme



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:	
Im Planbereich, im Birkenweg, der die Zuwegung zum Plangebiet und zum angrenzenden Gewerbebetrieb ist, befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus dem beigefügten Plan ersichtlich sind.	Kenntnisnahme und Beachtung
In der Begründung, Pkt. 5.4.1 Festsetzungen der Planzeichnung, wird der Anfahrtsweg für den Gewerbebetrieb und den künftigen Solarpark als private Verkehrsfläche festgesetzt. Diese Fläche (Birkenweg) muss aber zur Erschließung des Gewerbebetriebes weiterhin für die Telekommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stehen.	Kenntnisnahme
Zur Sicherung der Telekommunikationsversorgung bitten wir deshalb, diese private Verkehrsfläche (Birkenweg als geplanter Anfahrtsweg) nach § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB als mit einem Leitungsrecht zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn als zu belastende Fläche festzusetzen.	Kenntnisnahme, dem Hinweis wird gefolgt.
Diese Kennzeichnung allein begründet das Recht zur Verlegung und Unterhaltung jedoch noch nicht. Deshalb muss in einem zweiten Schritt die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch mit folgendem Wortlaut: "Beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die Telekom Deutschland GmbH, Bonn, bestehend in dem Recht auf Errichtung, Betrieb, Änderung und Unterhaltung von Telekommunikationslinien, verbunden mit einer Nutzungsbeschränkung." erfolgen.	Kenntnisnahme, die entsprechende Eintragung im Grundbuch ist vorzunehmen.
Vor diesem Hintergrund weisen wir vorsorglich darauf hin, dass wir die TK-Linien nur dann dort belassen können, wenn die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, im Grundbuch erfolgt ist.	Kenntnisnahme
Bitte beachten Sie bei Ihren weiteren Planungen, dass die Telekom ggf. nicht verpflichtet ist, die Photovoltaikanlage an ihr öffentliches Telekommunikationsnetz anzuschließen.	Kenntnisnahme
Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 Absatz 3 BauGB.	Kenntnisnahme
Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen zu den übersandten Unterlagen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunft_brandenburg@telekom.de“.	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>26.</b>	<b>Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Attilastraße 61-67, 12105 Berlin</b>	
	<b>Stellungnahme 08.08.2023 per Mail</b>  Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Kenntnisnahme
<b>27.</b>	<b>Stadtwerke Pritzwalk, Gartenstraße 8, 16928 Pritzwalk</b>	
	<b>Stellungnahme 18.07.2023 per Mail</b>  zu dem o.g. Bauvorhaben teilen wir Ihnen mit, dass sich im angefragten Bereich keine Leitungen befinden, die im Eigentum der Stadtwerke Pritzwalk GmbH stehen.	Kenntnisnahme
<b>28.</b>	<b>Wasser- und Bodenverband „Prignitz“, Sitz Pritzwalk, Schönhagener Straße 16, 16928 Pritzwalk</b>	
	<b>Stellungnahme 21.07.2023</b>  im Änderungsbereich zur 7. Änderung des FNP der Stadt Meyenburg sowie im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 7 „PV-FFA ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg“ sind keine Wasserläufe II. Ordnung des Wasser- und Bodenverbandes „Prignitz“ und nach unserem Kenntnisstand auch keine Drainagen betroffen, so dass Belange des Wasser- und Bodenverbandes „Prignitz“ nicht berührt werden.	Kenntnisnahme
<b>29.</b>	<b>Wasser- und Abwasserverband „Pritzwalk“, Hainholzweg 65, 16928 Pritzwalk</b>	
	<b>Stellungnahme 18.08.2023</b>  Gegen die o.g. Änderung des FNP der Stadt Meyenburg bestehen unsererseits keine Einwände, da keine Belange des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Pritzwalk berührt werden.	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung		
30.	<b>GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH, Maximilianallee 4, 04129 Leipzig</b>			
	<b>Stellungnahme 27.07.2023</b>			
	<table><tr><td><b>Anlagenbetreiber</b> Erdgasspeicher Peissen GmbH Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) <sup>1</sup> ONTRAS Gastransport GmbH <sup>2</sup> VNG Gasspeicher GmbH <sup>2</sup></td><td><b>Betroffenheit</b> nicht betroffen nicht betroffen nicht betroffen nicht betroffen</td></tr></table>	<b>Anlagenbetreiber</b> Erdgasspeicher Peissen GmbH Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) <sup>1</sup> ONTRAS Gastransport GmbH <sup>2</sup> VNG Gasspeicher GmbH <sup>2</sup>	<b>Betroffenheit</b> nicht betroffen nicht betroffen nicht betroffen nicht betroffen	Kenntnisnahme
<b>Anlagenbetreiber</b> Erdgasspeicher Peissen GmbH Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) <sup>1</sup> ONTRAS Gastransport GmbH <sup>2</sup> VNG Gasspeicher GmbH <sup>2</sup>	<b>Betroffenheit</b> nicht betroffen nicht betroffen nicht betroffen nicht betroffen			
	Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!	Kenntnisnahme und Beachtung		
	Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.	Kenntnisnahme, der Anfragebereich ist korrekt.		
	<u>ONTRAS Gastransport GmbH</u> <u>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</u> <u>VNG Gasspeicher GmbH</u> <u>Erdgasspeicher Peissen GmbH</u>  Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.	Kenntnisnahme		
	Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.	Kenntnisnahme und Beachtung		
	Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.	Kenntnisnahme, der nebenstehende Hinweis ist vor der Umsetzung von Bauvorhaben zu beachten.		
	<u>Weitere Anlagenbetreiber</u> Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.	Kenntnisnahme		
31.	<b>EMB Energie Mark Brandenburg, Großbeerenstr. 181-183, 14482 Potsdam</b>	Mail vom 20.07.2023, Weiterleitung an NBB, Auskunft siehe Nr. 36.3		

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>32.</b>	<b>WEMAG AG, Obotritenring 40, 19053 Schwerin</b>	
	<b>Stellungnahme 19.07.2023 per Mail</b>  Für alle Bau- und Planungsarbeiten an bzw. in der Nähe unserer Netzanlagen ist unsere „Schutzanweisung von Versorgungsleitungen und –anlagen“ zu beachten. Dieses Dokument ist für unser gesamtes Versorgungsgebiet verbindlich. Sie können es unter folgendem Pfad herunterladen:  <a href="http://www.wemag-netz.de/einzelseiten/leitungsauskunft/index.html">http://www.wemag-netz.de/einzelseiten/leitungsauskunft/index.html</a>	Kenntnisnahme
	Dort haben Sie auch Zugriff auf unser Webportal Leitungsauskunft, das Sie bitte für Ihre zukünftigen Anfragen nutzen können.	Kenntnisnahme
	Ihre Baumaßnahme befindet sich außerhalb unseres Versorgungsgebietes und dort befinden sich keine Anlagen der WEMAG Netz GmbH.	Kenntnisnahme
	Jede Auskunft wird protokolliert und ist 4 Wochen ab Auskunftsdatum gültig. Weitere Informationen zur Gültigkeit finden Sie in der Schutzanweisung.	Kenntnisnahme
	Hinweis: Bitte beachten Sie, dass Anlagen anderer Versorgungsträger und Einspeiser von regenerativen Energien vorhanden sein können!	Kenntnisnahme
<b>33.</b>	<b>Amt Meyenburg, für die Gemeinde Gerdshagen und die Stadt Meyenburg, Freyensteiner Straße 42, 16945 Meyenburg</b>	Es ging bis zum 09.10.2023 keine Stellungnahme ein.
<b>34.</b>	<b>Amt und Stadt Plau am See, Mark 2, 19395 Plau am See</b>	
	<b>Stellungnahme 27.07.2023</b>  die Gemeinde Ganzlin stimmt dem o. g. Vorentwurf allgemein zu. Belange der Gemeinde Ganzlin werden nicht negativ berührt.	Kenntnisnahme
	<b>Stellungnahme 28.07.2023</b>  Die Stadt Plau am See stimmt dem o. g. Entwurf der Stadt Meyenburg allgemein zu. Belange der Stadt Plau am See werden nicht negativ berührt.	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
<b>35.</b>	<b>Stadt Wittstock/Dosse, Markt 1, 16909 Wittstock/Dosse</b>	
	<b>Stellungnahme 09.08.2023</b>  Durch den o.g. B-Plan Nr. 7 „PV-FF A ehemaliger Agrarlandeplatz Meyenburg werden keine gemeindlichen Belange oder Planungen berührt, so dass seitens der Stadt Wittstock/Dosse keine Anregungen / Einwände bestehen.	Kenntnisnahme
	Umweltprüfung: Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung bestehen von Seiten der Stadt Wittstock/ Dosse keine Anforderungen. Eigene umweltbezogene Informationen liegen nicht vor.	Kenntnisnahme
<b>36.</b>	<b>Auskunft über Portal infrest</b> <b>Vorgang Nr. 481662</b>	
	<b>1.</b>	<b>50Hertz Transmission GmbH, Netzbetrieb Zentrale, Heidestraße 2, 10557 Berlin</b>
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b>  Nach Prüfung der von Ihnen eingerichteten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Umspannwerke, Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden.	Kenntnisnahme
	Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.	Kenntnisnahme
	Wird das Vorhaben geändert oder nicht innerhalb von zwei Jahren begonnen, ist eine erneute Anfrage über das infrest Leitungsauskunftsportal erforderlich.	Kenntnisnahme und Beachtung
	Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf deshalb keiner Unterschrift. Die Stellungnahme ist somit gültig.	Kenntnisnahme
	<b>2.</b>	<b>DNS:NET Internet Service GmbH, Zimmerstraße 23, 10969 Berlin</b>
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b>  In dem Baugebiet befinden sich keine Rohr- und Kabelsysteme der DNS:NET.	Kenntnisnahme
	Bitte beachten Sie die Bestimmungen in der beigegeführten Kabelschutzanweisung	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

Hinweise und Anregungen		Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Die DNS:NET hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.	Kenntnisnahme
<b>3.</b>	<b>NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH &amp; Co. KG, An der Spandauer Brücke 10, 10178 Berlin</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b>  die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt) handelt im Rahmen der ihr übertragenen Netzbetreiberverantwortung auch namens und im Auftrag der GASAG AG, der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, der Stadtwerke Bad Belzig GmbH, der Gasversorgung Zehdenick GmbH, der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, der NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf (NHN) Gas mbH & Co.KG, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH (NGHGas), der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG.	Kenntnisnahme
	Im unmittelbaren Bereich Ihrer geplanten Baumaßnahme liegen keine Anlagen der NBB bzw. vorhandene Anlagen werden gemäß Ihren Unterlagen nicht tangiert.	Kenntnisnahme
	Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind von Ihnen gesonderte Auskünfte einzuholen.	Kenntnisnahme
	Die Bestandspläne werden laufend aktualisiert. Bei aktuell neuverlegten Gasleitungen ist es möglich, dass diese noch nicht in den Bestandsplänen enthalten sind. Hierzu bitten wir Sie, sich mit der NBB unter (030) 81876 1890, Fax-Nr.: (030) 81876 1749 abzustimmen.	Kenntnisnahme
	Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.	Kenntnisnahme und Beachtung
<b>4.</b>	<b>PRIMAGAS Energie GmbH, Luisenstraße 113, 47799 Krefeld</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b>  hiermit teilen wir Ihnen mit, dass durch das oben genannte Vorhaben keine Flüssiggas-Versorgungsleitungen im öffentlichen Bereich der PRIMAGAS Energie GmbH berührt werden.	Kenntnisnahme

Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	Sollte sich ein Flüssiggasbehälter auf dem angefragten Grundstück befinden, so wenden Sie sich bitte an den Eigentümer des angefragten Grundstückes.	Kenntnisnahme
<b>5.</b>	<b>Saferay operations GmbH, Rosenthaler Straße 34/35, 10178 Berlin</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b>  die infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH wird von der saferay Gruppe beauftragt, Auskunftersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der saferay Gruppe. In dem o. g. Bereich liegen zurzeit keine Leitungen der saferay Gruppe.	Kenntnisnahme
	Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu empfehlen wir Ihnen gesonderte Auskünfte unter Nutzung von <a href="http://www.infrest.de">www.infrest.de</a> einzuholen. Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der saferay Gruppe vorzulegen.	Kenntnisnahme und Beachtung
	Für technische Rückfragen steht Ihnen Herr Böhm von der saferay operations GmbH gerne unter der Telefonnummer +49 (0)173 3233714 zur Verfügung.	Kenntnisnahme
<b>6.</b>	<b>Tyczka Energy GmbH, Rosa-Luxemburg-Straße 27, 04103 Leipzig</b>	
	<b>Leitungsauskunft 18.07.2023</b>  die Tyczka Energy GmbH betreibt in der Bundesrepublik Deutschland Gasnetze im öffentlichen und privaten (nicht öffentlichen) Raum.	Kenntnisnahme
	Im markierten Bereich Ihrer Anfrage liegen keine Gasversorgungsleitungen der Tyczka Energy GmbH im öffentlichen Raum.	Kenntnisnahme
	Die Leitungsauskunft hat eine Gültigkeit von 3 Monaten ab Ausstellungstag.	Kenntnisnahme
	Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder sich der Ausführungszeitraum über die 3 Monate hinaus verschieben, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft vorzulegen.	Kenntnisnahme, der Tyczka Energy GmbH wird der Entwurf des Bebauungsplanes zur Abgabe einer erneuten Stellungnahme gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgelegt.
<b>37.</b>	Auskunft über Portal <b>E.on/E.dis</b> Anfragenr.: <b>0891891</b> -EDIS	



Abwägung vorgetragener Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB,  
sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (20.07.2023 - 22.08.2023)

	Hinweise und Anregungen	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung
	<p><b>Stellungnahme 26.07.2023</b></p> <p>in Ihrem Planungsgebiet befinden sich Anlagen (mehrere Mittelspannungskabel-Systeme) im Eigentum der E.DIS Netz GmbH. Wir senden Ihnen einen Bestandsplan zu Ihrer Verfügung. Wir bitten Sie, unseren Anlagenbestand in Ihrer Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Da Energieanlagen nicht über- oder unterbaut werden dürfen und eine dauerhafte Zugänglichkeit gewährleistet werden muss, sind evtl. Umverlegungs- bzw. Schutzmaßnahmen rechtzeitig mit uns abzustimmen. Dieser Verfahrensweg ist auch dann notwendig, wenn zurzeit unbefestigte Straßen und Gehwege ausgebaut, verändert bzw. befestigt werden sollen.</p>	Kenntnisnahme und Beachtung
	Wir möchten darauf hinweisen, dass wir Ihr Vorhaben zum heutigen Zeitpunkt, als Information zum Planungsstand betrachten, ohne dass von uns konkrete Maßnahmen geplant werden. Zudem lässt sich aus unserer Stellungnahme keine Anschlussaussage ableiten. Hierfür sind entsprechende Anträge zu stellen.	Kenntnisnahme
<b>Offenlage</b>		
<b>O1</b>	<p><b>Stellungnahme 02.07.2023</b></p> <p>wie auch im Bericht erwähnt wurde, kommen auf dem Gebiet (ehemaliger Agrarlandeplatz) 3 Brutpaare des Braunkehlchens vor (Vogel des Jahres 2023). Das Braunkehlchen steht auf der Rote Liste, Kategorie 2 als stark gefährdete Art. Auch in Brandenburg sind die Bestände stark zusammengebrochen und kommen nur noch selten vor, weil dessen Lebensräume wie strukturreiche Brachen, wie in diesem Fall und extensiv genutztes Grünland kaum noch vorhanden sind, beziehungsweise zerstört wurden und werden. Daher würde ich gerne wissen was für Kompensationsmaßnahmen für das Braunkehlchen geplant sind, die zwar im Umweltbericht erwähnt wurden, das sie statt finden sollten, aber nicht in welchen Maße und Umfang. Die Braunkehlchenpaare wird es jedenfalls nach der Maßnahme nicht mehr dort geben, wenn es keine entsprechende Ausgleichsmaßnahme in Form einer strukturreichen Brache mit entsprechender Größe oder ähnliches erfolgt, die aber nicht mit irgendwelchen Lerchenfenster oder ähnlichen abgetan ist.</p>	Kenntnisnahme, den Hinweisen wird gefolgt. Es wird eine Ausgleichsmaßnahme für den Verlust der Brutreviere des Braunkehlchens entwickelt und umgesetzt. Diese sieht vor, in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Vorhaben auf dem Flurstück 169/1 (tlw.) der Flur 18 der Gemarkung Meyenburg adäquate Ersatzhabitate zu schaffen. Diese Fläche wird aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes ausgegliedert. Zusätzlich werden zwei weitere Teilflächen als Feldvogelstreifen ausgebildet. Die Maßnahmenflächen wurden mit der Unteren Naturschutzbehörde des LK Prignitz abgestimmt. Eine konkrete Maßnahmenbeschreibung findet sich im Maßnahmeblatt als Anlage zum Umweltbericht.

- 24 von 35 TÖB gaben eine Stellungnahme ab, davon gab 1 TÖB (Nr. 31) den Verweis auf Leitungsauskunft und 1 TÖB (Nr. 23) gab telefonische Auskunft
- aus der Öffentlichkeit ging eine Stellungnahmen ein